

Kleine Anfrage

**der Abg. Dr. Timm Kern und
Alena Fink-Trauschel FDP/DVP**

und

Antwort

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Finanzielle Grundlagenbildung in Baden-Württemberg und Teilnahme am „Finanz-PISA“

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Strategie verfolgt sie derzeit im Bereich der finanziellen Grundbildung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen?
2. Welche konkreten Maßnahmen ergreift sie, um die finanzielle Grundbildung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zu fördern?
3. Ist ihr die von der Finanztip Stiftung angestoßene Petition zur Teilnahme Deutschlands und damit auch Baden-Württemberg betreffend, am „Finanz-PISA“ bekannt?
4. Wie steht sie zu der Forderung, Baden-Württemberg solle am OECD-Modul „Financial Literacy“ („Finanz-PISA“) teilnehmen, um den Wissensstand von Jugendlichen systematisch zu erfassen?
5. Welche Position hat Baden-Württemberg innerhalb der Kultusministerkonferenz zur Teilnahme am „Finanz-PISA“ bezogen?
6. Welche Erkenntnisse könnten aus Sicht der Landesregierung aus einer Teilnahme am „Finanz-PISA“ gewonnen werden?
7. Plant sie zusätzliche Kompetenzerhebungen, Modellprojekte oder curriculare Anpassungen, um die finanzielle Grundbildung im Land zu stärken?

5.12.2025

Dr. Timm Kern, Fink-Trauschel FDP/DVP

Begründung

Die gemeinnützige Finanztip Stiftung hat eine bundesweite Petition initiiert, die sich für eine Teilnahme Deutschlands am OECD-Modul „Financial Literacy“ im Rahmen von PISA einsetzt. Ziel ist es, belastbare Daten über das Niveau finanzieller Grundbildung bei Jugendlichen zu erheben, um bildungspolitische Maßnahmen besser ausrichten zu können. Über 100 000 Personen haben die Petition bereits unterzeichnet. Verschiedene Medien – darunter überregionale Presse sowie öffentlich-rechtliche Angebote – berichten über die Initiative und die Bedeutung finanzieller Kompetenzen für junge Menschen zur Ausbildung von finanzieller Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit.

Angesichts der Tatsache, dass die Petition sich ausdrücklich an die Kultusministerkonferenz und an die Bildungsministerien der Länder richtet, stellt sich die Frage, welche Haltung Baden-Württemberg zu einer möglichen Teilnahme am „Finanz-PISA“ einnimmt und wie das Land die finanzielle Bildung derzeit in den Schulen verankert.

Antwort

Mit Schreiben vom 12. Janur 2026 Nr. KMZ-0141.5-21/152/4 beantwortet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Wir fragen die Landesregierung:

- 1. Welche Strategie verfolgt sie derzeit im Bereich der finanziellen Grundbildung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen?*
- 2. Welche konkreten Maßnahmen ergreift sie, um die finanzielle Grundbildung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zu fördern?*
- 7. Plant sie zusätzliche Kompetenzerhebungen, Modellprojekte oder curriculare Anpassungen, um die finanzielle Grundbildung im Land zu stärken?*

Zu 1., 2. und 7:

Die Fragen 1, 2 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die finanzielle Grundbildung hat als Teil des Bildungsauftrags der Schulen in Baden-Württemberg einen hohen Stellenwert. Finanzielle Grundbildung soll die Schülerinnen und Schüler befähigen, eigenverantwortlich Finanzentscheidungen zu treffen. Die Spanne dieser Entscheidungen reicht von einer verantwortungsvollen Planung des privaten Haushaltsbudgets bis hin zu vielfältigen Möglichkeiten der Kapitalanlage und Altersvorsorge.

Die Thematik ist durch die „Leitperspektive Verbraucherbildung“ in allen allgemein bildenden Schularten und dort in allen Fächern als Teil des Bildungsplans in den Unterricht integriert.

Zudem wird die ökonomische Bildung durch das Fach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ allen Schülerinnen und Schülern der weiterführenden allgemein bildenden Schulen verbindlich vermittelt. Das Selbstverständnis des Faches Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung wird in den prozessbezogenen Kompetenzen zugrunde gelegt. Die Schülerinnen und Schüler sollen wirtschaftliche Wirkungszusammenhänge und Funktionsweisen analysieren und beurteilen können, um daraus Handlungsoptionen abzuleiten.

Die Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, ökonomische Lebenssituationen zu analysieren und als Resultat daraus Handlungsalternativen zu bewerten,

Handlungsmöglichkeiten zu gestalten und schließlich selbstbestimmt ökonomische Entscheidungen zu treffen. Dazu gehört, dass sie Kosten und Nutzen abwägen und die langfristigen Folgen individueller ökonomischer Entscheidungen unter Nachhaltigkeitsaspekten reflektieren können. So werden sie in die Lage versetzt, ihre Chancen selbstbewusst zu suchen und zu nutzen. Es wird daher aktuell keine Notwendigkeit einer Anpassung des Curriculums gesehen.

Inhaltlich konkretisiert wird dies in den inhaltsbezogenen Kompetenzen. Dort werden die Schülerinnen und Schüler mit ihrer Rolle als Verbraucher (Konsument, Geldanleger, Kreditnehmer), Erwerbstätiger (Berufswähler, Arbeitnehmer) und Wirtschaftsbürger (gestaltender Bürger) vertraut gemacht und verbindlich kompetenzorientiert unterrichtet.

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V. (VZ BW) entwickelt seit der Einführung der Leitperspektive Verbraucherbildung Bildungsmaterialien und -angebote zu verschiedenen Themen der Verbraucherbildung, auch explizit zur finanziellen Bildung. Die Unterrichtsmaterialien, Erklärvideos, Moodle-Kurse, Fortbildungen und Workshops werden für Lehrkräfte allgemeinbildender und beruflicher Schulen kostenlos über die Homepage der VZ BW angeboten und beworben. Die VZ BW wird vom Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg gefördert.

Die Finanzbildung an den beruflichen Schulen erfolgt insbesondere in den Fächern im Bereich Wirtschaft, z. B. Wirtschaft, (Volks- und) Betriebswirtschaftslehre, privates Vermögensmanagement. Die Lernenden befassen sich mit der Gründung und Finanzierung von Unternehmen, einschließlich der Beschaffung und der Minimierung unternehmerischer finanzieller Risiken. Dabei werden auch Inflation, Zinsen und Anlageformen thematisiert. Gleichzeitig werden die Lernenden befähigt, informierte Entscheidungen über ihre eigenen finanziellen Ressourcen zu treffen und ein reflektiertes Finanzverhalten zu entwickeln.

Darüber hinaus nutzen die Schulen in Baden-Württemberg eine Vielzahl von regional oder zentral organisierten Angeboten im Bereich der Finanzbildung. Als zentral organisierte Angebote können beispielsweise die durch die Initiative für wirtschaftliche Jugendbildung e. V. unterstützten Zukunftstage oder das Workshop-Angebot „Steuer macht Schule“ genannt werden. Die Zukunftstage sind ein Projekt, bei dem die Schulen einen Projekttag als Zukunftstag durchführen. Am Zukunftstag bearbeiten die Schülerinnen und Schüler intensiv die Themen Finanzen (Inflation, Altersvorsorge, Schuldenfalle, Sparen, Aktien, Investitionen), Steuern, Krankenkassen und Wohnung. Die Oberfinanzdirektion Baden-Württemberg stellt mit dem Workshop-Angebot „Steuer macht Schule“ ein interaktives und praxisnahe Angebot rund um das Thema Steuern zum Einsatz an öffentlichen und privaten Schulen zur Verfügung. Ziel des Angebotes ist es, das praktische Finanzwissen im Bereich Steuern der Schülerinnen und Schüler zu stärken (z. B. Erstellung der Steuererklärung).

3. *Ist ihr die von der Finanztip Stiftung angestoßene Petition zur Teilnahme Deutschlands und damit auch Baden-Württemberg betreffend, am „Finanz-PISA“ bekannt?*
4. *Wie steht sie zu der Forderung, Baden-Württemberg solle am OECD-Modul „Financial Literacy“ („Finanz-PISA“) teilnehmen, um den Wissensstand von Jugendlichen systematisch zu erfassen?*
5. *Welche Position hat Baden-Württemberg innerhalb der Kultusministerkonferenz zur Teilnahme am „Finanz-PISA“ bezogen?*
6. *Welche Erkenntnisse könnten aus Sicht der Landesregierung aus einer Teilnahme am „Finanz-PISA“ gewonnen werden?*

Zu 3. bis 6.:

Die Fragen 3 bis 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Die 340. Kultusministerkonferenz (KMK, 6. Dezember 2012) und die 352 KMK (3. Dezember 2015) haben sich einstimmig gegen die Teilnahme Deutschlands an der freiwillig angebotenen Testdomäne „Financial Literacy“ ausgesprochen. Die ablehnende Haltung wurde in einer Pressemitteilung der KMK vom 7. Juli 2014 damit begründet, dass „ohne ein fundiertes Rahmenkonzept zur Testung der „Financial Literacy“, das zum Zeitpunkt der Teilnahmeanscheidung nicht vorlag, sich der pädagogische Nutzen einer Teilnahme Deutschlands an dieser Komponente nicht verlässlich einschätzen ließe.“

Ebenso votierte das Zentrum für internationale Bildungsvergleichsstudien (ZIB), das mit der Durchführung von PISA in Deutschland betraut ist, im Jahre 2018 dafür, im Jahr 2021 nicht an der Zusatzoption „Financial Literacy“ teilzunehmen. Es begründete das Votum damit, dass die erweiterte Testzeit (zusätzlich 60 Minuten) sich auf die Motivation der Testteilnehmerinnen und Teilnehmer und damit negativ auf die Ergebnisse des Haupttests auswirkten. Zudem wurde die Unterscheidung zur „Mathematical Literacy“ als nicht ausreichend trennscharf wahrgenommen.

Eine Länderabfrage der KMK am 15. Januar 2019 ergab, dass kein Land Interesse an einer Teilnahme hatte.

Am 19. Dezember 2025 hat die gemeinnützige Finanztip Stiftung der Bildungsministerkonferenz (BMK) in Berlin ihre Petition „Chancengerechtigkeit durch Finanzbildung: Finanz-PISA für Deutschland!“ mit mehr als 100 000 Unterschriften übergeben. Die Präsidentin der BMK, Simone Oldenburg, sprach sich im Anschluss erstmals für eine Teilnahme Deutschlands am freiwilligen OECD-Finanzmodul aus.

Eine Entscheidung für oder gegen die Teilnahme am Finanzmodul 2029 müsste bis Mitte 2026 getroffen werden. Vor diesem Hintergrund wird sich die BMK voraussichtlich im März 2026 mit der Frage einer Teilnahme befassen.

Schopper
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport